

Landtag will Pensionierung ab 60 Jahren erleichtern

Grosse Mehrheit für Eintreten auf die Verbesserung des Rentenvorbezugs

Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter darf sich freuen: Mit 22 Stimmen trat der Landtag auf die von ihm vorbereitete Vorlage bezüglich der Verbesserung des Rentenvorbezugs ein. Somit dürfte es ab 1. Januar 2001 möglich werden, sich bereits ab 60 Jahren zu verkräftbaren Kürzungssätzen frühpensionieren zu lassen.

• VON GÜNTHER FRITZ



Zur Finanzierung der Verbesserung des Rentenvorbezugs erklärte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter gestern im Landtag: «Die von der Regierung vorgeschlagenen Beitragserhöhungen sind ausgewogen und vertretbar.»

Foto: Vcom/Behan

Bereits anlässlich der Einführung der Rentenvorbezugsmöglichkeit bei der AHV auf 1. Januar 1997 hatte die Regierung in Aussicht gestellt, das Modell des Rentenvorbezugs nach den ersten Erfahrungen zu überprüfen. Damals wurde ein Vorbezug um zwei Jahre ermöglicht. Dabei wird die Rente pro Vorbezugsjahr um 6,8 Prozent gekürzt. Das bedeutet eine Kürzung von 13,6 Prozent bei Vorbezug um zwei Jahre. Diese Kürzungssätze hätten natürlich dazu geführt, dass nicht sehr viele Menschen von der Möglichkeit der Frühpensionierung Gebrauch machen können.

Leitmotiv ist Flexibilisierung

Die Kürzung soll neu zwischen 3 Prozent und 5 Prozent pro Vorbezugsjahr liegen: Kürzung von 3 Prozent bei Vorbe-

zug um ein Jahr, Kürzung von 7 Prozent bei Vorbezug um zwei Jahre, Kürzung von 11,5 Prozent bei Vorbezug um 3 Jahre, Kürzung um 16,5 Prozent bei Vorbezug um 4 Jahre.

Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter freute sich über die grosse grundsätzliche Zustimmung zum vorgeschlagenen Frühpensionierungsmodell. Dieses entspreche nicht nur einem grossen Anliegen sehr vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch den Bedürfnissen der Wirtschaft. «Gerade weil es diese Korrelation der Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt, ist es möglich, hier vernünftige Regelungen zu

treffen, die beiden Seiten gerecht werden.» Das Leitmotiv der Verbesserung des Rentenvorbezugs sei die Flexibilisierung. Die von einigen Abgeordneten ins Spiel gebrachte Vorstellung, dass Arbeitnehmer mit 60 Jahren dadurch zwangspensioniert werden könnten, stellte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter klar in Abrede.

Zu den Ausführungen des FBPL-Fraktionssprechers Gebhard Hoch, dass ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren gefragter sein werden als heute, erklärte Michael Ritter: «Diese Entwicklung ist genau eine Bestätigung für die Richtigkeit unseres Modells, indem wir Flexibi-

lität zwischen dem 60. und 70. Altersjahr schaffen.» Zum Vorschlag des FL-Abgeordneten Egon Matt, die Kürzungssätze noch sozialer auszugestalten, sagte der Regierungschef-Stellvertreter: «Hier dürfen wir nicht über das Ziel hinauschiessen. Die Wirtschaft warnt davor, zu attraktive Kürzungssätze anzubieten, weil dann das Gros der Leute nur bis 60 Jahren arbeiten wird. Wir wollen die Kürzungssätze so austarieren, dass jene Leute, die mit 60 nicht mehr arbeiten wollen oder können, zu fairen Bedingungen die Frühpensionierung in Anspruch nehmen können.»

Attraktivere Kürzungssätze ermöglichen flexiblen Altersrücktritt ab 60 Jahren

Grosse Mehrheit des Landtags spricht sich für die Verbesserung des Rentenvorbezugs aus

Mit 22 Stimmen sprach sich gestern Mittag der Landtag für Eintreten auf die Regierungsvorlage bezüglich der Verbesserung des Rentenvorbezugs aus. Damit sollte es ab 1. Januar 2001 möglich werden, aufgrund der attraktiver ausgestalteten Kürzungssätze den Ausstieg aus dem Erwerbsleben flexibel an seine individuellen Bedürfnisse anzupassen.

• VON GÜNTHER FRITZ

Der FBPL-Abgeordnete Klaus Wanger, der sich als Alterspräsident anlässlich der Landtagseröffnung vom 3. Februar 1999 für die Erleichterung der Frühpensionierung ausgesprochen hatte, dankte der Regierung «für die professionelle Ausarbeitung dieser äusserst wichtigen Neuregelung des Rentenvorbezugs». Damit könnten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 60. Lebensjahr «mit grösstenteils verkräftern finanziellen Einbussen den Ausstieg aus dem aktiven Berufsleben ins Auge fassen». Als besonders positiv hob Klaus Wanger die von der Regierung vorgeschlagene Möglichkeit hervor, zwischen dem 60. und 64. Altersjahr die Vorbezugsrente monatlich abrufen zu können.

Soll der Staat ein Drittel oder die Hälfte übernehmen?

Sinnvoll erscheint dem Abgeordneten Wanger die von der Regierung vorgeschlagene Aufteilung der Mehrkosten des Frühpensionierungsmodells auf den Staat, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Allerdings würde er es begrüssen, den von der Regierung in Vorschlag gebrachten Aufteilungsschlüssel, der je ein Drittel der Mehraufwendungen auf den Staat, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, das heisst die Versicherten abwälzt, entsprechend dem Vorschlag der Gewerbe- und Wirtschaftskammer abzuändern. Dazu Klaus Wanger weiter: «Dieser Vorschlag sieht einen Verteilungsschlüssel vor, in dem der Staat 50 Prozent und die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer lediglich je 25 Prozent der Mehrkosten zu übernehmen hätten. Dadurch würde sich der Beitragssatz der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nur um 0,1 Prozent von 3,8 Prozent auf 3,9 Prozent erhöhen.

Flexibilisierung des Rücktritts entspricht einer Notwendigkeit

«Die Flexibilität in der Wahl des Zeitpunkts des Rückzugs aus dem Erwerbsleben ist bereits in zahlreichen Ländern Standard», erklärte der VU-Abgeordnete Walter Hartmann. Und im Hinblick darauf, dass die Lebensqualität für das Leben nach dem Erwerbsleben immer mehr an Bedeutung gewinnt, auch eine Notwendigkeit. Immer mehr Menschen würden physisch

und ganz besonders psychisch im Zusammenhang mit ihrem Berufsleben unter stetig steigendem Druck stehen, dem sie mit zunehmendem Alter aber nicht mehr gewachsen seien. «Das Bedürfnis, sich vorzeitig pensionieren zu lassen, nimmt daher zu», gab sich Walter Hartmann überzeugt.

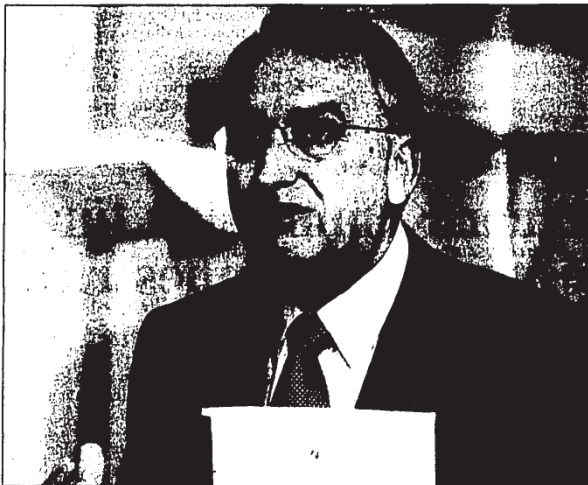
Lenkungsmechanismus für die Wirtschaft?

Neben der individuellen Verbesserung der Lebensqualität hat die flexible Planung des Ausstiegs aus dem Erwerbsleben nach Ansicht des VU-Abgeordneten Walter Hartmann einen weiteren Vorteil: «Damit bekommt auch die Wirtschaft einen Lenkungsmechanismus in die Hand. Und zwar dergestalt, dass bei einem konjunkturell bedingten oder anders gearteten Erfordernis eines Personalabbaus dies durch die sozial vertraglichen Abbau durch die Vorverlegung des Rentenalters geschehen kann». Was die von der Regierung ins Auge gefasste Finanzierung der Frühpensionierung mit den Einnahmen aus der LSWA betrifft, sagte Walter Hartmann: «Ich möchte

aus: «Die Finanzierung soll immer weniger nach dem Umlageprinzip erfolgen. Der Wechsel in Richtung individuelles Versicherungsmodell wäre anzustreben, damit dem Verhältnis von zunehmenden Leistungsbezügern und rückgängigen Prämienzahlern entgegen gewirkt werden kann.» Dass die Finanzierung des zusätzlichen Kapitalbedarfs nach den Vorstellungen der Regierung über Beitragserhöhungen erfolgen soll, begrüsst Karlheinz Ospelt ausdrücklich.

Zu attraktive Kürzungssätze?

Der VU-Abgeordnete Otto Büchel hielt die vorgeschlagenen Kürzungssätze für durchaus akzeptabel. «Sie könnten nach meiner Vorstellung aber durchaus noch etwas nach oben korrigiert werden», sagte er. Otto Büchel sprach sich zwar grundsätzlich für Eintreten auf die Vorlage aus, bat jedoch die Regierung, die Kürzungssätze bis zur zweiten Lesung einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Er werde nämlich die Bedenken nicht los, dass bei einer Beibehaltung der vorgeschlagenen grosszügigen Konditionen lang-



FBPL-Abgeordneter Klaus Wanger: «Ich bin der festen Überzeugung, dass die Einführung der erleichterten Frühpensionierung heute eine absolute Notwendigkeit und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung darstellt.»

festhalten, dass wir alle dann trotzdem über den Umweg der verteuerten Produkte des täglichen Bedarfs, die mit dem Lastwagen transportiert werden, dieses Modell finanzieren.»

Wechsel auf Versicherungsmodell?

Der VU-Abgeordnete Karlheinz Ospelt begrüsst die von der Regierung vorgeschlagene Verbesserung des Rentenvorbezugs eindeutig. Bei der Finanzierung sei nach Möglichkeit das hohe Kapital nicht anzutasten. Die Kapitalbasis soll weiter ausgebaut werden. Karlheinz Ospelt sprach sich für ein Umdenken bezüglich der Finanzierung

festhalten, dass wir alle dann trotzdem über den Umweg der verteuerten Produkte des täglichen Bedarfs, die mit dem Lastwagen transportiert werden, dieses Modell finanzieren.»

«Aus volkswirtschaftlicher Sicht problematisch»

Für den Einzelnen möge die Frühpensionierung und der verbesserte Rentenvorbezug angenehm und attraktiv sein, sagte FBPL-Fraktions-sprecher Gebhard Hoch, jedoch aus volkswirtschaftlicher Sicht und im Hinblick auf die demographische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte sei der Vorschlag der Regierung fragwürdig und problematisch. Sich auf Statistiken der OECD und der UNO stützend, die von der Credit Suisse komprimiert und verarbeitet worden seien, zeigte Gebhard Hoch auf, «dass es bei normalem Wirtschaftswachstum schon im Jahre 2010 in der Schweiz ausser einer unvermeidbaren Sockelarbeitslosigkeit keine Arbeitslosen mehr geben werde und Menschen, die im Pensionsalter stehen, würden mangels Arbeitskräften wieder in den Arbeitsprozess integriert werden». Nach seinen statistischen Ausführungen kam FBPL-Fraktions-sprecher Gebhard Hoch zu folgendem Schluss: «Die von der Regierung vorgeschlagene Verbesserung des Rentenvorbezugs und damit die Forcierung der Frühpensionierung läuft dem allgemeinen Trend und der demografischen Entwicklung zuwider.»

Frühpensionierung scheint dem FBPL-Fraktions-sprecher dann angebracht und vertretbar, «wenn nach versicherungsmathematischen Kriterien errechnete Renteneinbussen von der betroffenen Person allein und nicht zu Lasten anderer, wie im Modell der



Nach Ansicht des VU-Abgeordneten Walter Hartmann nimmt das Bedürfnis, sich vorzeitig pensionieren zu lassen, immer stärker zu, weil immer mehr Menschen physisch und ganz besonders psychisch im Zusammenhang mit ihrem Berufsleben unter Druck stehen.

Regierung vorgesehen, getragen würden. Nach Ansicht von Gebhard Hoch ist der Vorschlag der Regierung sozial unausgewogen und dem allgemeinen Trend, das Pensionsalter nach oben anzuheben, widersprechend. Deshalb sprach sich Hoch gegen Eintreten auf den Regierungsvorschlag und insbesondere dessen Finanzierung aus.

Für sozialere Ausgestaltung der Kürzungssätze

Der FL-Abgeordnete Egon Matt begrüsst die von der Regierung vorgeschlagene Möglichkeit, den Zeitpunkt der Pensionierung ab 60 Jahren den individuell Bedürfnissen flexibel anpassen zu können. Die Begünstigung des Rentenvorbezugs erachte er für angebracht, doch die Erleichterung hole einem schnell ein. Die Kürzung soll neu zwischen 3 Prozent und 5 Prozent pro Vorbezugsjahr liegen: Kürzung von 3 Prozent bei Vorbezug um ein Jahr, Kürzung von 7 Prozent bei Vorbezug um zwei Jahre, Kürzung von 11,5 Prozent bei Vorbezug um 3 Jahre, Kürzung um 16,5 Prozent bei Vorbezug um 4 Jahre.

Für kleinere Einkommen entwickle sich das neue Modell angesichts dieser Kürzungssätze schnell zur «Fata Morgana», sagte der FL-Abgeordnete Egon Matt. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleineren Einkommen hiesse es weiter: «Auf die Zähne heissen und weiterkrampfen!» Auch bei der von der Regierung vorgeschlagenen Finanzierung habe er Probleme. «Die Finanzierung der Frühpensionierung aus den Einnahmen aus der LSWA halte ich für äusserst problematisch», erklärte Egon Matt. Bei dieser Vermischung von Verkehrspolitik und Sozialpolitik könne die LSWA nicht die beabsichtigte Wirkung entfalten. Schliesslich stellte Egon Matt den Antrag, die Vorlage an die Regierung zwecks besserer sozialer Ausgestaltung im Hinblick auf die Kürzung der Abzugssätze für tiefere Einkommen zurückzuweisen. Der Antrag hatte keine Chance.



Karlheinz Ospelt (VU): «Bezüglich der Finanzierung sollte versucht werden, vom Umlagemodell in Richtung Versicherungsmodell zu wechseln, um damit der Bevölkerungspyramide entgegen zu wirken.»



Egon Matt (FL) sprach sich für eine sozialere Ausgestaltung der Kürzungssätze im Hinblick auf tiefere Einkommen aus.



Bei der Eintretensdebatte um die Verbesserung des Rentenvorbezugs schwamm FBPL-Fraktions-sprecher Gebhard Hoch gegen den Strom: «Der Vorschlag der Regierung ist sozial unausgewogen und dem allgemeinen Trend, das Pensionsalter nach oben anzuheben, widersprechend.»



Der VU-Abgeordnete Otto Büchel hielt die vorgeschlagenen Kürzungssätze für durchaus akzeptabel. «Sie könnten nach meiner Vorstellung aber durchaus noch etwas nach oben korrigiert werden», sagte er.